

R1: Kampf dem Klimawandel, Kampf der asozialen «Klimapolitik»!

Resolution zuhanden der Delegiertenversammlung vom 31. Oktober 2020 in Biel/Bienne (BE)

Antragstellende: Jimena Villar de Onis (Waadt), Shivani König (Stadt Bern), Helena Winnall (Stadt Zürich), Jannick Hayoz (Stadt Bern), Ambroise Thévenoz (Genf), Jessica Bamford (Stadt Bern), Felix Looby (Stadt Bern), Johanna Didenko (Waadt), Patrick Côté (Stadt Zürich)

Das im Oktober 19 neu gewählte Parlament ist weder "grüner" noch "linker", sondern bleibt ein bürgerliches Parlament, auch wenn dieses versucht, sich ein grünes Mäntelchen zu verpassen. Mit der Erhöhung des Benzinpreises und einer Flugticket-Abgabe richtet sich das jetzt in der Herbstsession verabschiedete CO₂-Gesetz an die falschen. Mit Lenkungsabgaben auf Benzin und Flugtickets trifft es Menschen mit tieferem Einkommen unverhältnismässig hart, während die alternativen CO₂-freundlichen Verkehrswege teuer bleiben. Schuld am Klimawandel ist nicht die Búezerin, die auf ihr Auto für die Arbeit angewiesen ist oder der Student, der einmal im Jahr in die Ferien fliegt.

Die wahren Verursacher der Klimakrise – die kapitalistischen Grosskonzerne – bleiben völlig unangetastet. 71% der globalen CO₂-Emissionen werden von nur 100 Grossunternehmen verursacht. Alleine der Schweizer Zement-Konzern Lafarge-Holcim verursacht viermal mehr Emissionen als die ganze Schweizer Bevölkerung! Damit ist das aktuelle CO₂-Gesetz nicht nur ineffizient, weil es an den wirklichen Ursachen vorbeizieht, sondern es ist auch ein asozialer Angriff auf die Lohnabhängigen! Als Partei der jungen Lohnabhängigen ist es die Verantwortung der JUSO, in dieser Frage eine klare Klassenposition zu beziehen und deutlich zu sagen: Eure Krise bezahlen wir nicht!

- Gegen sämtliche Benzin- / Flugticket- und andere Preiserhöhungen sowie gegen die Erhöhung aller anderen Gebühren, Abgaben und indirekten Steuern!
- Gegen das aktuelle CO₂-Gesetz!
- Die JUSO unterstützt das Referendum gegen das asoziale CO₂-Gesetz.

Die JUSO Schweiz fordert stattdessen:

- Flächendeckender kostenloser ÖV!
- Plan für grünen Wirtschaftsumbau inkl. Umstellung auf erneuerbare Energien, Renovation von Heiz- und Gebäudetechnik usw. durch progressive Besteuerung der Unternehmensgewinne und Vermögen.
- Verstaatlichung der Banken und gezielte Investitionen in erneuerbare Energien und grüne Technologien!
- Verstaatlichung der wichtigsten Industriezweige und der Banken unter Kontrolle der ArbeiterInnen und Umsetzung eines ökologischen Produktionsplans.
- Kontrolle der Beschäftigten über ihre Arbeits- und Produktionsbedingungen in den Betrieben zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen und ökologischen Standards.

- Mobilisierung der Lohnabhängigen und der Jugend zum Strike for Future 2021 unter diesem Programm!

Stellungnahme der Geschäftsleitung: annehmen